

Good Governance wird häufig mit "gute Regierungsführung", "gute Staatsführung" oder auch "verantwortungsvolle Regierungsführung" übersetzt.

Good Governance beinhaltet aber auch ein neues Verständnis von Politik und Verwaltung, das eine prozessorientierte Lenkung der gesellschaftlichen Entwicklung unter Einbeziehung der "Zivilgesellschaft", d. h. gesellschaftlicher Akteure (Verbände, Kirchen und andere NROs), umfasst.

Folgende Aspekte stehen für „Good Governance“ dabei im Vordergrund:

- Partizipation
- Transparenz
- Individualität
- Effektivität
- Verantwortlichkeit
- Nachvollziehbarkeit zwischen politischen Zielsetzungen und Handeln
- Nachhaltigkeit und Beachtung der Millenniumsziele (<http://www.bmz.de/de/ziele/ziele/millenniumsziele/zielvorgaben/index.html>) ;
<http://www.gtz.de/de/presse/24932.htm> ;
<http://www.un-kampagne.de/>
- [Beachtung der sieben Lebensbereiche von Frederic Vester sowie der Systembeziehung, der dynamischen sowie der physikalischen Kategorien bei der Bewertung der Entwicklung](#)
- Beachtung der Geschlechtergerechtigkeit (gender mainstraming)
- Faire und gleichberechtigte Einbindung der EinwohnerInnen, die nicht an den Beteiligungsangeboten teilnehmen können oder wollen.

Good Governance ist transparent und effektiv. Sie legt Rechenschaft gegenüber der Öffentlichkeit ab. Sie beteiligt die gesamte Bevölkerung und berücksichtigt die Meinung von Minderheiten und die Bedürfnisse von Schwachen. Sie entwickelt gemeinsam Zielvorstellungen und geht Partnerschaften ein. Verwaltung und die Zusammenarbeit von Rat und Verwaltung sind effektiv zu gestalten, das Management strategisch und transparent zu orientieren. Alle Ressourcen, auch die natürlichen Ressourcen sowie das kommunale Budget, werden zielorientiert und nachhaltig verwendet. In Good Governance-Prozessen werden Innovationen gefördert, Wissen verankert und Lernen ermöglicht und gefördert. Alle EinwohnerInnen werden mit den notwendigen öffentlichen Gütern und sozialen Dienstleistungen versorgt. Good Governance orientiert sich bei allen Entscheidungen an den Prinzipien der Nachhaltigkeit. (vgl. Good Governance; Beitrag im Online-Verwaltungslexikon olev.de , Jan. 2010 und Marga Pröhl (Hrsg.) Good Governance für Lebensqualität vor Ort.

Internetquelle: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-A9BFADC9-8B1CD6A0/bs/t/GoodGovernancevorOrt_buchkomplett.pdf , Jan. 2010)

Seit Mitte der 1990er Jahre ist Good Governance ein Schlüsselbegriff in entwicklungspolitischen Strategien, hat aber inzwischen auch Eingang in die hiesige kommunale Entwicklungsdiskussion gefunden. Als umfassendes Konzept beinhaltet Good Governance Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung sowie den Schutz und die Durchsetzung der Menschenrechte.

<http://www.bmz.de/de/themen/goodgovernance/guteregierung/index.html>

http://www.olev.de/g/good_gov.htm (Prof. Dr. Burkhardt Krems)

Der Prozess zur Umsetzung nachhaltigen Flächenmanagements in ländlichen Kommunen am Beispiel einer Nachnutzung ehemaliger militärischer Liegenschaften in den Samtgemeinden Barnstorf und Fürstenau hat grundlegende Aspekte der Good Governance aufgegriffen (siehe [Glaeserne Konversion](#)

). In Deutschland gibt es zudem um die 50 Kommunen, die einen Bürgerhaushalt aufstellen, auch dies ist ein Aspekt von

[Good Governance](#)

. All jene Städte, die noch funktionierende Agenda 21-Prozesse aufweisen, gehören ebenfalls in die Gruppe der Kommunen, die Good Governance-Aspekte umsetzen. Allerdings wird es noch dauern, bis alle Kommunen von sich behaupten können, den Anforderungen von Good Governance-Prozessen gerecht zu werden.